

Antwort- Bündnis “Ernährungswende in Frankfurt”

Vorwort:

Das Thema „gesunde, umweltfreundliche, faire und regionale Ernährung“ hat für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seit jeher einen hohen Stellenwert. Entsprechend haben wir diesem Bereich in unserem Wahlprogramm einen breiten Raum eingeräumt. Bevor wir auf die einzelnen Fragen eingehen, möchten wir kurz darstellen, welche Positionen wir dazu in unserem Programm formuliert haben.

Ein Bewusstsein für gesunde und regionale Ernährung sollte bereits früh in der Kindheit vermittelt werden. Daher haben wir das Thema Ernährung im Wahlprogramm auch im Kapitel Bildung verankert. Dort heißt es auf Seite 125:

„Wir werden die Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) stärken und gemeinsam mit dem Ernährungsbeirat Frankfurt Konzepte für gesunde, regionale und nachhaltige Verpflegung in Kitas und Schulumens entwickeln.“

Auf Seite 127 führen wir aus:

„Wir wollen Schulen zu Orten machen, an denen gleichermaßen gelernt, gelebt und gelacht wird. Kinder bringen Wissensdurst, Kreativität und Lernfreude mit in die Schule. Diese Fähigkeiten wollen wir über die gesamte Schulzeit erhalten und fördern. Deshalb setzen wir uns für inklusive Bildungskonzepte ein, die gesunde Ernährung, psychosoziale Gesundheit und ein besseres Lernklima für alle beinhalten.“

Auf Seite 128 kündigen wir außerdem an:

„Wir werden Maßnahmen gegen Lebensmittelverschwendung einführen.“

Darüber hinaus haben wir dem Thema Ernährung in unserem Kapitel „Gesundheit: Menschenrecht und Gemeinschaftsaufgabe“ ein eigenes Unterkapitel mit sieben Unterpunkten gewidmet (Seiten 136 und 137).

„Für eine nachhaltige und gesunde Ernährung

Was wir wann essen und wie wir Lebensmittel einkaufen, lagern und zubereiten, hat einen bedeutenden Einfluss auf das Klima und unsere Gesundheit. Eine gesunde und nachhaltige Ernährung ist daher nicht nur eine individuelle, sondern auch eine soziale und politische Aufgabe. Unser Ziel ist es, möglichst vielen Menschen den Zugang zu einer solchen Ernährung zu ermöglichen. Besonders wichtig ist uns die ausgewogene und vielfältige Verpflegung von Kindern und Jugendlichen in Kitas und Schulen, um dort gesundheitliche Risiken zu verringern und Krankheiten vorzubeugen.

Die Stadt Frankfurt hat bereits 2015 den „Milan Urban Food Policy Pact“ unterzeichnet. Sie verpflichtet sich damit, die städtische und stadtnahe Landwirtschaft zu fördern und der Bevölkerung den Zugang zu gesunden und nachhaltigen Lebensmitteln zu sichern. Nachhaltige Versorgungsketten leisten einen maßgeblichen Beitrag zur Gesundheit der Bevölkerung und machen auch die Regionalwirtschaft widerstandsfähig. Darüber soll der flächendeckende Zugang zu Trinkwasser gewährleistet werden, der gerade im Zuge von zunehmenden Hitzesommern lebensnotwendig ist.

Wir werden ...

- eine kommunale Ernährungsstrategie entwickeln, um aus den Vorgaben des „Milan Urban Food Policy Pact“ geeignete lokale Maßnahmen abzuleiten.*
- den Frankfurter Ernährungsrat stärker einbinden und finanziell fördern. Ernährungsräte bündeln zivilgesellschaftliche Initiativen und unterstützen als lokale Kompetenzzentren eine nachhaltige Ernährungspolitik.*
- dafür sorgen, dass Frankfurt dem Netzwerk der Bio-Städte beiträgt. Dieses Netzwerk setzt sich u. a. für eine stetige Erhöhung des Bio-Anteils in der öffentlichen Beschaffung und für die Bereitstellung urbaner Flächen zum privaten und gemeinschaftlichen Obst- und Gemüseanbau ein. Wir fordern zudem, dass das Angebot von Speisen und Getränken in städtischen Einrichtungen und bei städtischen Veranstaltungen stärker auf Produkte abstellt, die die Zusammenhänge von Klima-, Umwelt- und Tierschutz berücksichtigen – durch regionale, saisonale und möglichst tierleidfreie Produkte und die vorzugsweise Nutzung fair gehandelter Waren.*
- eine zentrale Anlaufstelle für nachhaltige Ernährung innerhalb der Stadtverwaltung einrichten, damit das Thema querschnittlich bzw. ressortübergreifend Berücksichtigung findet. Die Stelle übernimmt die Koordination und Umsetzung entsprechender Maßnahmen.*
- ein „House of Food“ (HOF) als „Umschlagort für Wissen und Waren“ in Frankfurt aufbauen, der Menschen zusammenbringt, Erfahrungsaustausch ermöglicht und das Thema nachhaltige und regionale Ernährung erlebbar macht. Die ersten Aktivitäten des HOF unterstützen wir bereits und begrüßen sowohl die bisherigen Initiativen als auch das entstandene Konzept. Nun braucht es einen festen Standort samt öffentlicher Gemeinschaftsküche und „Food Hub“ für die Verarbeitung, Logistik und Vermarktung lokal und regional produzierter Lebensmittel. Das HOF soll insbesondere kleinen Erzeuger*innen helfen, ihre Produkte zu verarbeiten und zu vermarkten. Es soll auch dazu beitragen, dass Frankfurts Schüler*innen eine erschwingliche Mittagsverpflegung mit ausgewogenen und gesunden (Bio-)Zutaten erhalten.*
- die Versorgung mit kostenlosem Trinkwasser bei Veranstaltungen verbessern. Wir werden Veranstalter*innen verpflichten, an allen Veranstaltungsorten mit städtischer Beteiligung oder Förderung (z. B. Waldstadion, Messe, Festhalle) und in allen städtischen Einrichtungen wie Museen oder Theatern kostenlos Trinkwasser anzubieten. Alle anderen Veranstalter*innen wollen wir motivieren, dem Vorbild zu folgen.*

- *die Marktordnung so umgestalten, dass sie regionalen und nachhaltigen Erzeuger*innen mehr Anreize zur Teilnahme bietet. Ihr Anteil auf den Wochenmärkten soll deutlich steigen. Mit gestaffelten Marktgebühren hätten sie handfeste Vorteile: Wer regionale Bio-Produkte anbietet oder andere nachhaltige Erzeugnisse verkauft und aktiv zur Müllvermeidung beiträgt, wird finanziell begünstigt.“*

Auf die Förderung regionaler Produkte gehen wir auch in unserem Kapitel zur Haushalts- und Finanzpolitik ein. Dort schreiben wir auf den Seiten 66/67:

„Wir werden die Beschaffung durch die Stadt und durch städtische Unternehmen fairer und nachhaltiger gestalten, den Schutz von Umwelt und Menschenrechten entlang der Produktions- und Lieferkette sicherstellen, bei der Beschaffung tierleidfreie und pflanzenbasierte Produkte bevorzugen und Leistungen möglichst regional einkaufen.“

In unserem Wirtschaftskapitel betonen wir ebenfalls die Bedeutung regionaler Wertschöpfung. Dort schreiben wir auf Seite 77:

*„Wir werden dafür sorgen, dass die Anmietung von örtlichen, leerstehenden Gewerbeflächen durch die Stadt mit dem Ziel geprüft wird, diese als Stadtteilläden zu entwickeln und anschließend den Bürger*innen als Treffpunkt und lokalen Gewerbebetrieben beispielsweise zum Verkauf ihrer Produkte zur Verfügung zu stellen. Diese Stadtteilläden sollen flexibel und intensiv genutzt werden: durch verschiedene Nutzungen und Zusammenschlüsse, beispielsweise Künstler*innen, Kleinstbetriebe, regionale Lebensmittelproduzent*innen, zum Verkauf ihrer Produkte oder durch wechselnde Gastronomie.“*

Im Kapitel Stadtplanung führen wir auf Seite 46 aus:

„Wir werden Läden für ökologische Lebensmittel aus der Region sowie ein Mittagessen nach Vorbild unserer Partnerstadt Lyon ermöglichen. Dort soll es vergünstigte Preise für Menschen mit Frankfurt-Pass geben. Hierfür entwickeln wir ein Trägerkonzept, um in ausgewählten Stadtteilen jeweils einen solchen Laden zu betreiben.“

Diese Auszüge aus unserem Wahlprogramm zeigen aus unserer Sicht überzeugend, welchen hohen Stellenwert das Thema Ernährung für uns hat und wie breit wir es politisch verankert haben. Im Folgenden beantworten wir die einzelnen Fragen kurz und übersichtlich.

1. Maßnahmen für den Erhalt und die Stärkung der Bio-regionalen Wertschöpfungsketten und der Ernährungssouveränität

1. Frage: „Wie möchte Ihre Partei in der nächsten Amtsperiode konkret dazu beitragen, den Anteil an regional erzeugten Bio-Produkten in der Frankfurter Gemeinschaftsverpflegung zu erhöhen und regionale Wertschöpfungsketten zu stärken – mit Blick auf Gesundheit, Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit in Krisenzeiten?“

Antwort: „Wir werden eine kommunale Ernährungsstrategie entwickeln, um aus den Vorgaben des „Milan Urban Food Policy Pact“ geeignete lokale Maßnahmen abzuleiten. Den Ernährungsrat wollen wir dabei stärker einbinden und finanziell besser ausstatten. Gemeinsam wollen wir Konzepte für eine gesunde, regionale und nachhaltige Verpflegung in Kitas und Schulumens entwickeln.“

Darüber hinaus wollen wir ein „House of Food“ aufbauen, um regionalen Erzeugerinnen die Vermarktung ihrer Produkte zu erleichtern und Frankfurter Schüler*innen mit diesen Produkten zu versorgen. Wir werden zudem auf die Beschaffungspolitik der Stadt Frankfurt einwirken und die Etablierung von Stadteilläden vorantreiben.“

2. Frage: „Wie kann die Stadt Frankfurt als Arbeitgeberin mit gutem Beispiel voran gehen und für gesunde, bioregionale Versorgung der Mitarbeitenden sorgen?“

Antwort: „Wir fordern, dass das Angebot von Speisen und Getränken in städtischen Einrichtungen und bei städtischen Veranstaltungen stärker auf Produkte ausgerichtet wird, die Klima-, Umwelt- und Tierschutz sowie Regionalität berücksichtigen. Dafür werden wir uns in den Koalitionsverhandlungen einsetzen, entsprechende Anträge formulieren und im Rahmen der Möglichkeiten unserer Dezernate darauf hinwirken.“

Die Leitlinien für Leistungsanbieter*innen (z. B. Caterer) wollen wir um entsprechende Vorgaben ergänzen. Vegetarische, vegane und möglichst regionale Optionen sollen dabei als vollwertige Bestandteile des Angebots verbindlich festgeschrieben werden.“

3. Frage: „Werden Sie in ihrer Amtszeit das Foodtura Festival und andere niedrigschwellige B2B und B2C Formate zur Förderung von bio-regionaler Ernährung unterstützen?“

Antwort: „Das Foodtura Festival fand 2025 in Frankfurt mit 27.000 Besucherinnen statt und wurde bereits gefördert. Wir stehen dem Foodtura Festival sehr positiv gegenüber und würden eine weitere Förderung ausdrücklich unterstützen. Grundsätzlich begrüßen wir niedrigschwellige Formate, die bio-regionale Ernährung sichtbar machen, Vernetzung fördern und unterschiedliche Akteurinnen zusammenbringen.“

2. Verbesserung der städtischen Schul- und Kitaverpflegung und Unterstützung durch strategische Ausschreibungen

1. Frage: „Wie werden Sie sich für Maßnahmen einsetzen, mit denen das bestehende System europaweiter Neuausschreibungen im Sinne der ökologischen, pädagogischen, sozialen und regionalwirtschaftlichen Ziele verbessert werden kann?“

Antwort: „Soweit es rechtlich möglich ist, wollen wir bei allen Ausschreibungen Regionalität, ökologische Nachhaltigkeit sowie die genannten pädagogischen und sozialen Ziele verbindlich festschreiben. Dafür werden wir uns in Koalitionsverhandlungen, in unseren Dezernaten und durch entsprechende Anträge einsetzen.“

Einer Ausweitung der Frankfurter Frischküchen stehen wir positiv gegenüber; wir würden diese ausdrücklich unterstützen und fördern.“

2. Frage: „Wie könnte für Sie ein niedrigschwelliger Einstieg in die Selbstverwaltung über ein Pilotprojekt mit mehreren Schulen aussehen?“

Antwort: „Wir wollen freiwillige Schulen und Kindertagesstätten als Modell-Einrichtungen identifizieren, um umfassende Konzepte zur Ernährungsbildung zu erproben. Dafür ist eine gute fachliche Begleitung notwendig, gerne auch in Zusammenarbeit mit dem Ernährungsrat.“

3. Frage: „Welche Möglichkeiten sehen Sie, dem Mittagessen in Schulen im Rahmen des zukünftigen Ganztagesangebots einen qualitativ und zeitlich guten Rahmen zu geben?“

Antwort: „Als GRÜNE setzen wir uns seit langem für den Ausbau von Ganztagsangeboten an Schulen ein. Dafür gibt es vielfältige pädagogische und soziale Gründe. Für uns gehört selbstverständlich dazu, dass das Mittagessen in den Schulen einen qualitativ hochwertigen und zeitlich angemessenen Rahmen erhält.“

Wir werden uns in den Koalitionsverhandlungen dafür einsetzen, dass die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden und die Schulen dabei entsprechend unterstützt werden.“

4. Frage: „Welche Möglichkeiten sehen Sie über städtische Kitas ein Pilotprojekt zu gesunder Ernährung mit den vom Bund geforderten 30% Bioanteil umzusetzen?“

Antwort: „Wie bereits dargelegt, wollen wir Schulen und Kitas als Modell-Einrichtungen für Konzepte zur Ernährungsbildung identifizieren. Es bietet sich an, solche Pilotprojekte mit einem hohen Anteil biologisch erzeugter Lebensmittel in Schul- und Kitamensen zu verbinden. Von diesen Modell- und Pilotprojekten erhoffen wir uns positive Impulse und eine Vorbildwirkung für viele weitere Einrichtungen.“

3. EU-Verbot von Einwegverpackungen und Maßnahmen auf kommunaler Ebene zur Abfall-vermeidung

Hier möchten wir vorausschicken, dass wir die Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer gegen erhebliche Widerstände auf den Weg gebracht haben. Von einer Verpackungssteuer erhoffen wir uns eine steuernde Wirkung. Es geht nicht um Mehreinnahmen, sondern um einen deutlichen Impuls weg von Einwegverpackungen hin zu Mehrwegsystemen.

1.Frage: „Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um Einwegverpackungen bzw. Einweggeschirr bei öffentlichen Veranstaltungen zu reduzieren?“

Antwort: „Soweit es rechtlich möglich ist, wollen wir bei öffentlichen Veranstaltungen maximale Restriktionen für Einwegverpackungen einfordern. Die Kontrolle der Einhaltung bestehender Regelungen wollen wir verstärken. Als Alternative zum Einweg gibt es etablierte Mehrwegangebote, die wir im rechtlich möglichen Rahmen fördern möchten. Eine Verpackungssteuer würde zudem auch bei öffentlichen Veranstaltungen greifen.“

2. Frage: „Welche Möglichkeiten sehen Sie, um zum Überleben der Unverpacktläden als Leuchtturmkonzepte für die angestrebten Zero-Wast-Ziele zu sichern?“

Antwort: „Wir würden die Unverpacktläden gerne durch öffentliche Hinweise auf ihre Bedeutung und Werbung für dieses Modell des Einkaufens unterstützen. Einzelne Läden finanziell zu unterstützen, ist rechtlich problematisch. Die Bekanntheit der Läden durch Aktionen, Workshops, Klassenausflüge zu unterstützen, halten wir aber für sinnvoll.“

3. Frage: „Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die Durchsetzung des Einwegplastikverbots und der Mehrwegangebotspflicht zu ermöglichen?“

Antwort: „Verschärfte Kontrollen sind sinnvoll, um die bestehenden Vorgaben konsequent durchzusetzen. Im Gegenzug wollen wir Mehrwegangebote bekannter machen und, wo möglich, aktiv unterstützen.“

4. Frage: „Wie soll das Mehrwegsystem der FES Frankfurt weitergeführt werden?“

Antwort: „Wir begrüßen, dass die FES im Bereich von Mehrwegsystemen ein gutes Angebot etabliert hat. Das System heißt #MainMehrweg und kooperiert mit dem digitalen, pfandfreien Mehrwegsystem Vytal. Über eine App können Mehrweglösungen für To-go-Becher und To-go-Speisen verwaltet werden. Kund*innen zahlen erst dann eine Gebühr, wenn die genutzten Mehrwegbecher oder das Geschirr nicht innerhalb der Leihfrist zurückgegeben werden.“

Wir streben an, dieses System zu evaluieren und bei Bedarf weiterzuentwickeln. Es sollte auf keinen Fall aufgegeben werden.“

5.Fragen: „Sind ähnliche Initiativen zur Förderung der Verringerung von Verpackungsmüll geplant?“

Antwort: „Wir sehen hier vor allem Möglichkeiten über Umweltbildung und Informationsarbeit. Darüber hinaus setzen wir auf die Einführung einer Verpackungssteuer als steuerndes Instrument zur Reduzierung von Einwegverpackungen.“

6.Frage: „Wie lassen sich regionale Kooperationen, die Effizienz und die Reichweite verbessern?“

Antwort: „Ausgehend von der Annahme, dass sich die Frage auf das Mehrwegsystem der FES bezieht, sehen wir hier insbesondere die Evaluation des Systems, die transparente Veröffentlichung der Ergebnisse sowie eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit als zentrale Hebel. Erfolgreiche Beispiele sichtbar zu machen und zu zeigen, dass Mehrweg praktikabel und funktional ist, trägt wesentlich zur Verbreitung und Akzeptanz bei.“

4. Lebensmittelverschwendung

1. Frage: „Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um Verschwendung in der Außerhausverpflegung zu erfassen und zu reduzieren?“

Antwort: „Wir wollen zumindest modellhaft Monitoring-Systeme aufbauen, um Lebensmittelverschwendung systematisch zu erfassen. Darüber hinaus wollen wir Schulungen und Qualifizierungsangebote für Personal in den entsprechenden Bereichen anbieten, um Verschwendung wirksam zu reduzieren.“

2. Frage: „Würden Sie ein verbindliches Monitoring von Lebensmittelabfällen in kommunalen Einrichtungen (z. B. Kitas, Schulen, Krankenhäusern, Kantinen) einführen?“

Antwort: „Soweit es im Einflussbereich der Stadt Frankfurt liegt, halten wir Modellprojekte zum Monitoring für sinnvoll; die meisten Krankenhäuser gehören nicht zum kommunalen Zuständigkeitsbereich. Eine Evaluation dieser Modellprojekte könnte anschließend wesentliche Daten für eine mögliche Ausweitung von Monitoring-Maßnahmen liefern.“

3. Frage: „Ab wann würden Sie dieses einführen?“

Antwort: „Wir würden uns in Koalitionsverhandlungen für eine schnellstmögliche Einführung einsetzen.“

4. Frage: „Planen Sie Kooperationen mit Lebensmittelrettungsinitiativen strukturell zu unterstützen oder auszubauen?“

Antwort: „Das wäre in Gesprächen mit Lebensmittelrettungsinitiativen zu klären. Wir wären grundsätzlich offen für eine Zusammenarbeit und eine strukturelle Unterstützung entsprechender Kooperationen.“

5. Frage: „Wie sehen diese Kooperationen aus?“

Antwort: „Die konkrete Ausgestaltung solcher Kooperationen wollen wir in Gesprächen mit den Lebensmittelrettungsinitiativen gemeinsam klären. Wir schätzen das Engagement und die Expertise dieser Initiativen ausdrücklich und wollen ihre Erfahrungen und Rückmeldungen aktiv einbeziehen, statt Konzepte über ihre Köpfe hinweg zu entwickeln. Grundsätzlich sind wir offen für eine enge und strukturierte Zusammenarbeit.“

6. Frage: „Welche quantitativen Reduktionsziele (z. B. in Prozent) setzt sich Frankfurt für die Außer-Haus-Verpflegung bis 2030?“

Antwort: „Wir würden uns ambitionierte Reduktionsziele setzen und streben an, 30 bis 50 Prozent der Lebensmittelabfälle einzusparen. Dabei ist uns wichtig, die Zielerreichung über Monitoring und Evaluation zu begleiten und Maßnahmen bei Bedarf anzupassen.“

7. Frage: „Wie soll die Zielerreichung überprüft werden?“

Antwort: „Wie dargestellt, halten wir die Einführung modellhafter Monitoring-Projekte für sinnvoll. Aus diesen Projekten lassen sich die notwendigen Daten ableiten, um Fortschritte zu messen und die Zielerreichung zu überprüfen.“

8. Frage: „Wie kann das Engagement gegen Lebensmittelverschwendung in der Außerhausverpflegung in die Zero-Waste-Strategie der Stadt Frankfurt integriert und finanziell abgesichert?“

Antwort: „Das Engagement gegen Lebensmittelverschwendung sollte integraler Bestandteil der Zero-Waste-Strategie der Stadt Frankfurt sein. Selbstverständlich müssen alle entsprechenden Maßnahmen im Haushalt abgesichert werden. Dafür werden wir uns sowohl in den Haushaltsdebatten als auch in den Koalitionsverhandlungen einsetzen.“

5. Einsatz zur Schaffung einer zuständigen Stelle für das Thema Nachhaltige Ernährung in der Stadt Frankfurt am Main zu u.a. der Erarbeitung einer kommunalen Ernährungsstrategie

1.Frage: „Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, dass die zuständigen Dezernate und Ämter die gemeinsamen Ziele rund um das Thema gesunde und nachhaltige Ernährung koordiniert verfolgen?“

Antwort: „Eine wirksame Ernährungsstrategie erfordert eine enge ressortübergreifende Zusammenarbeit innerhalb der Stadtverwaltung. Deshalb haben wir in unserem Wahlprogramm einen klaren Punkt aufgenommen:

„Wir werden eine zentrale Anlaufstelle für nachhaltige Ernährung innerhalb der Stadtverwaltung einrichten, damit das Thema querschnittlich bzw. ressortübergreifend Berücksichtigung findet. Die Stelle übernimmt die Koordination und Umsetzung entsprechender Maßnahmen.“

2. Frage: „Setzen Sie sich beispielsweise für eine zentrale zuständige Stelle für das Querschnittsthema “Nachhaltige Ernährung” in der Stadt Frankfurt am Main ein, die u.a. für eine kommunale Ernährungsstrategie und als Anlaufstelle für Anliegen der Bürgerschaft, der Vereine, Verbände und sonstigen privaten und öffentlichen Initiativen/Anfragen zuständig ist?“

Antwort: „Wir setzen uns für die Schaffung einer solchen zentralen Stelle ein, die auch als Anlaufstelle für Anliegen der Bürgerschaft, von Vereinen, Verbänden sowie weiteren privaten und öffentlichen Initiativen dienen kann. Daraus können wichtige Impulse für die kommunale Ernährungsstrategie und die Umsetzung konkreter Maßnahmen entstehen.

Gleichzeitig ist uns wichtig, die Aufgaben dieser Stelle realistisch zu definieren, damit sie nicht überfrachtet wird und ihre koordinierende Funktion wirksam wahrnehmen kann.“

6. Maßnahmen zur Erhaltung von fruchtbaren Böden und zur Förderung ökologisch bewirtschafteter (städtischer) Landwirtschaftsflächen

1. Frage: „Wie wollen Sie fruchtbare Ackerflächen in und um Frankfurt vor Versiegelung und zur Lebensmittelversorgung, als Frischluftschneise, Wasserfilter, Klimagasspeicher und Biodiversitätsnische für zukünftige Generationen sichern?“

Antwort: „Der Erhalt von Ackerflächen und Grünland hat für uns aus Gründen des Klima-, Natur- und Biodiversitätsschutzes hohe Priorität. Wir verteidigen den Frankfurter Grüngürtel seit Jahrzehnten gegen vielfältige Versuche anderer Parteien, Teile davon herauszulösen und anderen Nutzungen zuzuführen.

Frankfurt verfügt über begrenzte Flächen, die zahlreichen und teils konkurrierenden Anforderungen gerecht werden müssen. Das führt zu Zielkonflikten und erfordert in Einzelfällen schwierige Abwägungen. So haben wir dem Stadtteil der Quartiere zugestimmt, obwohl dadurch wertvolles Ackerland überbaut wird. Angesichts des massiven Wohnraumbedarfs und der Notwendigkeit, rund 7.000 Wohnungen zu schaffen, war dies aus unserer Sicht ein vertretbarer Kompromiss.

Grundsätzlich setzen wir uns jedoch für den konsequenten Schutz von Acker- und Grünflächen ein und verteidigen jeden Quadratmeter fruchtbaren Bodens – oft konsequenter als andere Parteien.“

2. Frage: „Welche Möglichkeiten sehen Sie, um die Umstellung auf den Ökolandbau auf städtischen und auf anderen Landwirtschaftsflächen in Frankfurt zu begünstigen?“

Antwort: „Wir würden den Bio-Anbau auf städtischen Flächen grundsätzlich bevorzugen. Voraussetzung ist jedoch, dass sich Landwirt*innen finden, die bereit sind, Ökolandbau zu betreiben. Dies ist in Frankfurt bislang leider eher die Ausnahme, obwohl Bio-Landwirt*innen aus der Region, etwa aus der Wetterau, in Frankfurt erfolgreich vermarkten.

Alle hier dargestellten Maßnahmen zur Förderung regionaler und biologischer Produkte in der Ernährung stellen zugleich eine Förderung des regionalen Ökolandbaus dar und können auch für Frankfurter Landwirt*innen Anreize schaffen. Ein positives Beispiel ist, dass es gelungen ist, das städtische Weingut in Hochheim an einen Bio-Landwirt zu vergeben.“

3. Frage: „Setzen Sie sich beispielsweise für die Bevorzugung von ökologisch erzeugten Lebensmitteln aus dem Stadtgebiet oder unmittelbaren Umland, z.B. in öffentlichen Kantinen oder der privaten Gastronomie, ein?“

Antwort: „Auf die private Gastronomie hat die Stadt nur begrenzten direkten Einfluss. Hier können wir vor allem appellieren und auf die ökologischen, gesundheitlichen und sozialen Vorteile regionaler und biologischer Produkte hinweisen.

Bei städtischen Kantinen gilt, wie oben unter 1.2 dargelegt, dass wir uns dafür einsetzen, dass dort vermehrt bio- und regional erzeugte Lebensmittel verwendet werden.“

4. Frage: „Wie genau sieht Ihr Einsatz dazu aus?“

Antwort: „Wir werden diese Themen in die Koalitionsverhandlungen einbringen und uns dort für entsprechende Vereinbarungen einsetzen. Darüber hinaus verweisen wir auf die oben dargestellten Maßnahmen und Antworten, die unsere Ansätze zur Förderung regionaler und ökologischer Lebensmittel in der städtischen Versorgung erläutern.“

7. Angebot von bio-regionalen Lebensmitteln auf den Frankfurter Wochenmärkten

1. Frage: „Mit welchen Maßnahmen will die Stadt erreichen, dass Bürger*innen vermehrt bioregionale Lebensmittel auf den Wochenmärkten finden können und einkaufen?“

Antwort: „Schon vor Jahrzehnten wurden die Wochenmärkte an der Konstablerwache oder an der Bockenheimer Warte mit großem Engagement – unter anderem von Bio-Landwirt*innen aus der Region – aufgebaut. Diese Märkte haben sich sehr bewährt, und Bio-Landwirt*innen sind dort weiterhin präsent. Wer in Frankfurt auf den großen Wochenmärkten Lebensmittel aus biologischer Erzeugung kaufen möchte, findet bereits heute ein gutes Angebot vor.

Wie in unserem Programm dargelegt, setzen wir uns für gestaffelte Marktgebühren ein, die Bio-Erzeuger*innen sowie Marktbesucher*innen, die Müll vermeiden, begünstigen. Auf diese Weise wollen wir den Anteil bio-regionaler Produkte auf den Wochenmärkten weiter erhöhen.

2. Frage: Ist eine Subventionierung der Stände für bio-regionale Erzeuger*innen geplant und wenn ja, in welchem Rahmen?

Antwort: Wir verstehen und teilen die Intention, bio-regionale Erzeuger*innen gezielt zu unterstützen. Eine direkte Subventionierung einzelner Privatunternehmen ist jedoch rechtlich nicht zulässig.

8. Etablierung eines House of Food als Umschlagsplatz durch den Ernährungsrat Frankfurt

1. Frage: „Wie will Ihre Partei in der nächsten Amtsperiode die Etablierung und langfristige Förderung des House of Food Frankfurt unterstützen – etwa durch die Bereitstellung einer Immobilie oder die strukturelle Einbindung in die städtische Ernährungs- und Nachhaltigkeitspolitik?“

Antwort: „Wie in unserem eingangs zitierten Wahlprogramm dargelegt wird, setzen wir uns für die Etablierung eines House of Food ein. Dazu gehört, dass wir uns für die Suche nach einer geeigneten Immobilie einsetzen werden. Eine strukturelle Einbindung in die städtische Ernährungs- und Nachhaltigkeitspolitik ist für uns selbstverständlich und Teil unseres Ansatzes einer ressortübergreifenden Ernährungsstrategie.“

2. Frage: „In welcher Weise soll die Stadt Frankfurt, das Ihrer Meinung nach in Zukunft unterstützen?“

Antwort: „Wir sehen eine Unterstützung insbesondere in enger Zusammenarbeit mit dem Ernährungsrat. Im Übrigen verweisen wir auf die oben genannten Punkte, insbesondere die Bereitstellung geeigneter Räumlichkeiten sowie die strukturelle Einbindung in die städtische Ernährungs- und Nachhaltigkeitspolitik.“

9. Maßnahmen zur Förderung von gemeinnützigen kommunalen Stadtteilküchen zur Stärkung der Ernährungssicherheit in Frankfurt.

1. Frage: „Durch welche Maßnahmen wollen Sie die Einrichtung kommunaler Stadtteilküchen (in Berlin z.B. „Lebensmittelpunkte“ mit weit größerem Angebot) ermöglichen und bereits bestehende, meist ehrenamtlich getragene Angebote zuverlässig fördern

Antwort: „Wie unter 2.1 dargestellt, stehen wir einer Ausweitung der Frankfurter Frischküchen positiv gegenüber und würden diese unterstützen und fördern.

Über den schulischen Bereich hinaus fördern wir seit Jahren beispielsweise die Ada Kantine, eine solidarische Küche in Bockenheim auf dem alten Uni-Campus. Dort wird mit rund 200 ehrenamtlichen Helfer*innen qualitativ hochwertiges vegan-vegetarisches Essen gegen Spende oder kostenlos angeboten, insbesondere für Menschen, die darauf angewiesen sind.“